

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

178 (2.8.1917)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Verlagspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkasten monatl. 90 P., 14 Jährl. 2,70 M., zugestellt durch unsere Träger 1 M., bezw. 8 M.; durch die Post 1,04 M. bezw. 3,12 M.; durch d. Feldpost 1,05 M. bezw. 3,05 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags, Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 P., Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachher. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geß & Cie., Karlsruhe.

Volkskrieg und Volksregierung.

Zu diesem Thema schreibt Reichstagsabg. Dr. Quarf in der Frankfurter „Volkstimme“:

Der tiefste Sinn der Parlamentarisierung der deutschen Reichsregierung, die bei den Reichstagskämpfen der letzten Zeit neben der Friedenserklärung noch härter aus dem Lande, als aus dem Parlament gefordert wurde und andauernd gefordert wird, liegt in ihrem Zusammenhang mit der heutigen Art der Kriegführung. Diese muß fast das ganze Volk für den Kampfskampf einstellen und weit hinter in die Tiefen der Massen greifen, um ihre Cadres von unten bis oben zu füllen. Diese direkte Massenbeteiligung am furchtbarsten aller Kämpfe, den diese Erde noch gesehen hat, ruft ganz von selbst und ohne jede Agitation die Forderung nach, daß der Volkskrieg auch von einer Volksregierung geführt werden müßte. Nicht, daß irgendwelche militärische Befugnisse der Heeresleitung angefaßt oder berechtigte staatliche Befugnisse, die in Deutschland auf Grund einer langen und mühsamen geschichtlichen Entwicklung geworden sind, mitten im Krieg über den Haufen gerannt werden sollten. Nur die unüberwindlichen „Schlippen“ haben ein Interesse daran, die volkstümliche Verfassungsbeziehung und ihre Ziele aus sehr durchsichtigen Gründen so darzustellen. Nein — nur hineinwachsen in die lebendige Verfassungsorganisation des Deutschen Reichs will die Volksmasse, die das Volkstheater darstellt und die sich sagt, daß sie Reichsgeschäfte mitteilen kann, wenn sie den Reichskrieg unter so beispiellosen Umständen erfolgreich zu führen vermag. Die Parlamentarisierung der Reichsregierung bedeutet dieses Hineinwachsen. Es werden nicht einmal neue Regierungsorgane gefordert, sondern es wird nur eine engere und direktere Verbindung der vorhandenen vorgezogen. Der Reichskanzler und seine Gehilfen, die Staatssekretäre, sollen der Krone gegenüber die Vertrauensmänner der Wehrheit der Volksvertretung sein und aus dieser vom Kaiser entnommen werden. Krone und Reichstag treten in ein engeres Verhältnis, ganz wie der Kaiser sich bemüht, im Felde dem Heere und seinen Volksbestandteilen näher zu kommen. In diesen Vertrauensleuten konzentriert sich auf das glücklichste das Zusammenwirken von Reichs Spitze und Volksmasse. Sie bleiben dem Reichstag verantwortlich und sind dadurch die sichersten Ratgeber der Krone. Der Kaiser als Präsident des Bundesrats vermittelt auf diese Weise den direkten Verkehr zwischen Bundesregierungen und Bundesbevölkerung. Aus einseitigen preussischen Bundesratsvollmächdigten und Ministern werden Reichskanzler und Staatssekretäre zu wirklichen Reichsbeamten aus dem Reichstag heraus ohne hemmende bundesstaatliche Einflüsse.

In einer großen Berliner Versammlung hat nun dieser Lage Genosse Scheidemann nach dem „Vorwärts“ auch über die verfallene Parlamentarisierung der Reichsregierung gesprochen. Danach führte er aus:

„Die russischen Genossen werden jetzt auch vielleicht verstehen, warum wir ihnen Rat nicht folgen, ihnen ihre Revolution nachzumachen. Sie werden jetzt vielleicht begreifen, daß wir dem deutschen Volk nicht das Schicksal bereiten wollten, das jetzt das russische zu tragen hat. Wir müssen auf anderen Wegen zur Demokratisierung gelangen, und wir sind schon auf ihnen. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß wir nach dem Kriege das gleiche Maßrecht in Preußen und das parlamentarische System haben werden. Aber es ist ein Unglück, daß wir das nicht jetzt schon haben. Kommt der Krieg nicht bald zum Abschluß, dann wird sich noch während seines Verlaufes eine gründliche Demokratisierung vollziehen. Erschütterungen wie in Russland sollen uns dabei erspart bleiben und werden uns erspart bleiben, wenn überall der Wille herrscht, im rechten Augenblick das Notwendige zu tun. Jetzt befinden wir uns in einem Ubergangsstadium. Der neue Kanzler will, wie es heißt, auch Abgeordnete zu Staatssekretären machen. Ich kann mir nicht denken, daß wir derartige Experimente mitmachen würden. Wird eine wirklich parlamentarische Regierung gebildet mit einem Programm, das wir billigen können, dann müssen wir auch die Verantwortung mittragen. Aber wenn Abgeordnete zu Staatssekretären ernannt werden sollen, als Untergebene des Reichskanzlers, dann wird, denke ich, niemand von uns Sozialdemokraten erwarten, daß wir auf derartigen eingebren. Es ist ja in Wätern der Unabhängigen schon gesagt worden, wir hätten die größte Lust, Minister zu werden. Ich hebe Gott! Ich kann mir denken, daß es angenehmer ist, sich ohne Lohndose auf einen Ameisenhaufen zu setzen, als jetzt in Deutschland auf einen Ministerstuhl. ... Wichtigster als alles ist, wie wir am raschesten zum Frieden kommen.“

Diese bedeutenden Sätze enthalten also ebenfalls den Hinweis, daß Deutschland baldigst zu einer Verbesserung seiner Verfassung im Sinne des parlamentarischen Systems kommen möge. Der Führer unserer Reichstagsopposition sagt ja ganz ausdrücklich: „Es ist ein Unglück, daß wir das parlamentarische System nicht jetzt schon haben.“ Schärfer kann man den vorhandenen Mangel sicher nicht kennzeichnen. Aber freilich — dann biegt Genosse Scheidemann aus. Er geht nicht dazu über, anzudeuten, daß wir unsere ganze Kraft für die Befestigung des parlamentarischen

Zustandes einsetzen werden. Sondern er schiebt dem Reichskanzler die Initiative zu. Wenn dieser wirklich eine parlamentarische Regierung mit einem Programm wolle, das wir billigen könnten, dann seien wir dabei, sonst nicht. Das ist für uns Sozialdemokraten, und noch dazu jetzt, in dieser Kriegslage, wo die Einheit von Volk und Regierung gerade auch für die letztere mehr als je zuvor unentbehrlich ist, eine ungenohnte Galtung. Was wir als nationales Unglück erkannten, haben wir bisher verjagt, mit allen Kräften und durch eigene Anstrengungen zu beseitigen. Mindestens haben wir uns an die Spitze der Volksbewegung für jenes Ziel gestellt und die anderen vorwärts zu drängen gesucht. Warum in diesem Falle nicht?

Vielleicht gibt die Wendung Scheidemanns von dem Regierungsprogramm, das noch fehlt, die Erklärung? Das lustige, aber nicht eben schlagkräftige Beispiel vom Ameisenhaufen soll wohl nach derselben Richtung deuten. Danach könnten wir also nur in eine parlamentarische Regierung mit eintreten, wenn zahlreiche Vorbedingungen erfüllt sind? Warum nennen wir aber denn diese Voraussetzungen nicht ganz offen, damit Wähler und Parteien im Lande wissen, woran es hängt? Es ist sehr wohl zu verstehen, daß wir bei einer Regierung, an der wir beteiligt sind, sehr erhebliche Veränderungen in der Zensur, im Versammlungs- und Vereinsrecht und in der Lebensmittel- und Sozialpolitik, sowie im Verkehr mit auswärtigen Staaten durchsetzen müßten. Allein kann irgend ein vernünftiger Mensch erwarten, daß dies geschehen könnte mit einem Schläge, durch eine sofortige und völlige „Programmänderung“? Was und kann dies alles nicht vielmehr vernünftigerweise nur Schritt um Schritt unter Benutzung aller günstigen Umstände durchgeführt werden? Sollten wir deshalb nicht besser als bekannt auch bei der Regierung vorkommen, welches unsere politischen Ziele sind, und einweilen kräftig Hand an das Werk legen? Nicht „Alles oder nichts!“ ist jemals unsere Parole gewesen, sondern „Aufbauen“ und das Erreichbare mit allen Kräften herbeiführen lassen. Kann aber jemand daran zweifeln, daß wir mehr erreichen, wenn wir in das parlamentarische System hineingehen und mit ihm in dieser beispiellosen Lage durchzusetzen suchen, was wir durchsetzen können? Die stärkste Waffe eines parlamentarischen Ministers ist die Möglichkeit seines derzeitigen Rücktritts, wenn er nicht erreicht, was ihm

notwendig erscheint. Was haben wir zu befürchten, wenn wir, damit ausgerüstet, unsere Schuldigkeit tun?

Jedenfalls ist klar: wenn sich die deutsche Sozialdemokratie nicht ebenso führend an die Spitze des Kampfes für Parlamentarisierung, wie an die Spitze des Kampfes für die Friedenserklärung stellt und bürgerliche Parteien und Regierung mitzureißen sucht, hat es gute Wege mit der Verwirklichung dieser dringenden Volksforderung. Dann wollen wir dies aber auch den Massen im Felde und dabei ganz offen sagen.

Wir können diesen Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Quarf nur zustimmen. Es ist ein faktischer und politischer Fehler, die Initiative für die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems dem Reichskanzler zuzuschreiben. Das ist in erster Linie Sache des Reichstags. Von ihm und seinem Willen wird es abhängen, ob und in welcher Form in Deutschland das parlamentarische Regierungssystem zur Durchführung kommt. Auch hier gilt das Wort: „Das Bessere ist oft der Feind des Guten“. Die Sozialdemokratie kann, wenn sie energisch für die Parlamentarisierung eintritt, zweifellos viel erreichen, nur darf sie dabei nicht vergessen, daß sie allein die Änderung des Regierungssystems nicht erzwingen kann. So selbstverständlich es ist, daß die Sozialdemokratie nicht ohne bestimmte Garantien in die Regierung eintreten kann, nicht minder selbstverständlich ist es, daß sie nicht die Anerkennung des ganzen sozialdemokratischen Programms von einer Koalitionsregierung fordern kann. Jetzt gilt es vor allem, alles daran zu setzen, daß wir überhaupt zu einem anderen Regierungssystem kommen. Jedenfalls aber müssen wir uns darüber klar werden, unter welchen Voraussetzungen die Sozialdemokratie bereit ist, an der Verantwortung für die Leitung der Regierungsgeschäfte teilzunehmen. Mit dem Drumherumreden ist es nicht getan, wir müssen positiv zu der Frage Stellung nehmen. Auf dem Würzburger Parteitag wird dazu Gelegenheit gegeben sein, vorausgesetzt, daß die ersten Entscheidungen nicht schon bis dahin gefallen sind.

Es rächt sich jetzt, daß wir früher uns mit diesen Problemen überhaupt nicht oder nur in ganz negativem Sinne beschäftigten, sonst wüßten wir, was wir in der gegebenen Situation zu tun und zu lassen haben.

Die Riefenschlacht in Flandern. — Ein erfolgreicher Sturm badischer Bataillone.

Deutscher Tagesbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, Amstich, 1. August 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Die große Schlacht in Flandern hat begonnen, eine der gewaltigsten des hiesigen Krieges. Mit Waffen, wie sie bisher an keiner Stelle dieses Krieges auch nicht im Osten von Brussilow eingesetzt wurden, griff der Engländer und in seinem Gefolge der Franzose gestern auf 25 Kilometer breiter Front zwischen Noordhoek und Warrneton an. Ihr Ziel war ein hohes: Es galt einen vernichtenden Schlag gegen die „U-Boots-Fest“, die von der flandrischen Küste aus Englands Seeberrschung untergräbt.

Eng geballte Angriffswellen dicht aufgeschlossener Divisionen folgten aufeinander. Zahlreiche Panzerkraftwagen und Kavallerieverbände griffen ein. Mit ungeheurer Wucht drang der Feind nach dem 14-tägigen Artilleriekampf, der sich am frühesten Morgen des 31. Juli zum Trommelfeuer gesteigert hatte, in unsere Abwehrzone ein. Er übertraf in einigen Abschnitten unsere in Trichterstellungen liegenden Minen und gewann an einzelnen Stellen vorübergehend beträchtlich an Boden.

In ungestümem Gegenangriff warfen sich unsere Reiter dem Feinde entgegen und drängten ihn in tagelangen währenden erbitterten Nahkämpfen aus unsere Kampfzone wieder hinaus oder in das vorbereitete Trichterfeld zurück. Nordlich und nordöstlich von Ypern blieb das vom Gegner behauptete Trichterfeld tiefer, hier konnte die Schanze nicht dauernd gehalten werden.

Abends auf breiter Front von neuem vorbrechende Angriffe brachten keine Veränderung zu des Feindes Stimmungen. Unsere Kräfte werden hohe Verluste durch die Feindes Opfer sich wenden Gegeben.

Die glänzende Tapferkeit und Stoßkraft unserer Infanterie und Reiterei, das todesmutige Aufstehen und die vorbildliche Wirkung der Artillerie, Maschinengewehre, Minenwerfer, die Kühnheit der Flieger und trennte Wäpferführung der Beobachtungs- und anderer Dienststellen in

Sonderheit auch die zielbetonte ruhige Führung boten für den uns günstigen Abschluß des Schlachtages sichere Gewähr.

Voll Stolz auf die eigene Leistung und den großen Erfolg, an dem jeder Stab und Stamm des deutschen Reiches Anteil hat, sehen Führer und Drappen den zu erwartenden weiteren Kämpfen zuversichtlich entgegen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Am Chemin des Dames erschöpften die Franzosen erneut ihre Kräfte in viermaligem vergeblichen Ansturm gegen unsere vollbehafteten Stellungen östlich Filain.

Weiter östlich brachte die kampfbedürftige westliche 13. Inf.-Div. dem Feinde wieder eine erhebliche Schlappe bei. In frühem Draufgehen entriß die Regimenter nach kurzer vorhergehender Feuerbereitung den Franzosen das Göttinger auf der Hochfläche östlich des Gehäuses des Göttinger.

Über 1500 Gefangene

von denen eine große Zahl durch Stoßtrupps aus der Schlucht nordöstlich von Troyon geholt wurde, fielen in unsere Hand. Erst abends letzten feindliche Gegenangriffe ein, die in den erreichten Stellungen abgewiesen wurden.

Auf dem westlichen Maas-Ufer stürzten unsere badische Bataillone die kürzlich an den Feind vertretene Stellung beiderseits der Straße Malancourt-Göttinger wieder. In mehr als 8 Kilometer Breite und 700 Meter Tiefe wurden die Franzosen dort zurückgeworfen.

Über 500 Gefangene

konnten dort eingebracht werden.

Westlicher Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern, Heeresgruppe des Generaloberst von Böhm-Ermolli.

Unsere nördlich des Dujeztr nach Südosten vordringenden Truppen drängten den Feind, der sich hinter dem Wilhelms-Bach zum Kampf gestellt hatte, in den Flußwinkel von Chottin zurück.

Zwischen dem Dujeztr und Pruth durchbrach eine Stoßtruppe westliche Stellungen an der Bahn Gortdenka-Czernewez, während ihr Südflügel starke Entlastungsangriffe bei Tarnoulitz abwehrte.

Seite 6.
Konzerthaus
August, 8 Uhr
„Fresser“.
August, 8 Uhr
„Blut“.
Residenz-Theater
Karlsruhe
Waldstr.
Donnerstag
Freitag.
Aufführung!
„Elso“
Gudrun Brunn
„Fresser“, Svend
Ellen Rassow
Tragödie
„Mutter“.
Akte.
Aufführung!
„Elle“
Lustspiel in
von nordischen
nargestellt.
bis einschl.
Freitag.
Nielsen in
„Essen Rosen“
in 3 Akten.
„Prastus“
„Acelsus“.
„Wige Leben“
„Essek“
„Lofschau“
503
„Rheizer“
„älzer“
„mpfheimer“
„Lsrhe“
„esucht“
„iterinnen“
„Sortieran“
„achmann“
„Pfungstraße 28“
August, 8 Uhr
„enenfür“
„i. Nr. 14“
„zer“
„rg und“
„annheim“.
„: Wolf, Reg.“
„Hofmusikall“
„Maier, Ludw.“
„Witmer, 76“
„Christian“
„Karlsruhe“
„de Fonds“

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph

In den nordöstlichen Vorbergen und im mittleren Teil der Waldkarpaten gewannen deutsche und österreichisch-ungarische Divisionen in Angriffskämpfen zahlreich verteidigte Talpässe. — Am Mgr. Casinului wiesen Gebirgsgruppen mehrere Angriffe des Feindes ab.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 1. August, abends. (Amtlich.) Auf dem Schlachtfeld in Flandern hat sich nach ruhigem Morgen der Feuerkampf nachmittags wieder gesteigert.

Im Osten wichtige Fortschritte in der Richtung auf Czernowitz.

Der erste Kampftag in Flandern.

W.B. Berlin, 1. August. Der große Angriff der Westmächte in Flandern erstreckte sich von Nordchoote bis an die Lys. Den Nordflügel hatten die Franzosen eingenommen, die hier kürzlich die Belgier ablösten. Ueber die Trichterfelder der Abwehrene vordringend, gelangten die Franzosen über die Straße Vignere-Dixmuiden bis in das Dorf Bizchoote, das im Gegenangriff wieder genommen wurde. Erst starke französische Kräfte, die am Abend des 31. Juli danach gegen das Dorf vorgingen, vermochten Bizchoote wieder in französische Hand zu bringen. Die deutsche Linie umflankt den Ort im Osten und Norden.

Den Hauptstoß hatten die Engländer übernommen, die aus dem Raume von Ypern heraus in südlicher und nordöstlicher Richtung vorzustoßen versuchten. Die Engländer vermochten zwar die eingetrommelten vordersten Stellungen zu übernehmen, allein in der Kampfzone des deutschen Gegenstoß. Die Engländer wurden aus Langemard und St. Julien wieder hinausgeworfen und bis hinter den Steenbach zurückgedrängt, weiter südlich vermochten die Engländer unbedeutenden Raumgewinn zu erzielen. Der Westrand des Herenthage-Waldes wurde behauptet. Von da bis Barneton läuft die augenblickliche erste deutsche Linie, teils noch in der alten vordersten Stellung, teils in dicht hinter ihr vorbereiteten Linien. Auch starke Angriffe am Abend des 31. Juli vom Herenthage-Walde bis an die Lys vermochten die Sachlage nicht zu ändern. Nach blutigen Kämpfen verblieben die deutschen Stellungen im ganzen unverändert.

Eine Unterstützung der großen englischen Angriffe durch die Franzosen ist bisher nur auf dem kurzen flandrischen Frontabschnitt von Nordchoote bis Steenstraete erkennbar. An der Aisnefront halten sich die Franzosen auch weiter nur mit Mühe gegenüber den deutschen Teilangriffen. Der deutsche Sturm am 31. Juli um 2 Uhr nachmittags entzifferte ihnen das ganze Grabensystem in zwei Kilometer Breite und 700 Meter Tiefe, das die Franzosen noch auf dem Pote Plateau behaupteten. Die gemachten Gefangenen gehören sechs verschiedenen Regimentern an. Französische Gegenangriffe, die bis 11 Uhr nachts anhielten, blieben ebenso erfolglos wie die viermal wiederholten französischen Angriffe südlich Zilain. Auch die deutschen Angriffe auf dem westlichen Maas-Ufer, die, wie gemeldet, französische Gräben in mehr als zwei Kilometer Breite und 700 Meter Tiefe einbrachten, stellen einen vollen deutschen Erfolg dar.

Englischer Bericht.

W.B. London, 1. Aug. (Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Die Unternehmungen der Alliierten in der Gegend von Ypern dauerten heute erfolgreich an. Ungeachtet des unglücklichen Wetters drangen wir in die feindlichen Stellungen ein und hoben unsere Linien auf einer Front von über 10 Meilen (34 Kilometer) von Vasseville an der Lys bis Steenstraete an der Yper vor. Beide Dörfer wurden genommen. Die Franzosen, die mit unserer äußersten Linken zusammengedrückt und unsere linke Front deckten, nahmen Steenstraete und durchstießen schnell die deutschen Verteidigungen in einer Tiefe von fast 2 Meilen (etwa 3,2 Kilometer). Nachdem unsere Truppen die ihnen für den Tag gesteckten Ziele schon zu früher Stunde erreicht hatten, setzten sie mit größter Tapferkeit den Angriff über die ursprünglichen Ziele hinaus fort und nahmen Bizchoote und die feindlichen Stellungen südlich und westlich dieses Dorfes auf einer Front von beinahe 2 1/2 Meilen (4 Kilometern), darunter die Schenke von Kostebeere. Am Nachmittag wurde ein feindlicher Gegenangriff im Zentrum und links davon erfolgreich abgeschlagen. Die britischen Divisionen drangen in einer Tiefe von 2 Meilen (etwa 3,2 Kilometer) in die feindlichen Stellungen ein und setzten sich in den Besitz der Übergänge über den Steenbeekfluss, was ihr Endziel war. (?) Im Verlaufe ihrer Angriffe erklärten unsere Truppen zwei mächtige Verteidigungssysteme des Feindes und nahmen die Dörfer Verloorenboef, Freyenberg, St. Julien und Welhem und viele stark verteidigte Stützpunkte und zur Verteidigung eingerichtete Abschnitte mit hinwender Gond. Weiter südlich gerade im Zentrum unserer Angriffe gewannen unsere Truppen alle ihre ersten Ziele, darunter das Dorf Gooze und den Heiligen Wald, kämpften sich dann gegen hartnäckigen Widerstand im schwierigen Gelände in der Umgegend der Straße Ypern-Wenin vor und nahmen das Dorf Westhoef. In dieser Gegend, in der den Tag über schwere Kämpfe stattfanden, die noch andauern, drangen wir durch die feindlichen Verteidigungsanlagen in einer Tiefe von etwa 1 Meile (6 Kilometern) ein. Eine Anzahl mächtiger Gegenangriffe wurde erfolgreich abgewiesen. Auf der äußersten Rechten südlich der Straße Ziltbeke-Sandvoorde erreichten unsere Truppen früh am Tage ihre Ziele und nahmen die Dörfer La Wasseville und Gollebeke. Abgesehen von schweren Verlusten, die wir dem Feinde beibrachten, sind bereits über 3500 Gefangene eingebracht worden. Eine genaue Angabe der Gefangenenzahl ist noch nicht möglich.

Polnisches.

W.B. Warschau, 1. Aug. (Nicht amtlich.) Amtlich wird mitgeteilt: Wie bekannt, fanden in den letzten Tagen zwischen deutschen und österreichisch-ungarischen Delegierten Verhandlungen über den vom provisorischen Staatsrat gemachten Vorschlag betr. die vorläufige Reorganisation der obersten polnischen Staatsbehörden statt. Die Verhandlungen führten zu voller Uebereinstimmung der Ansichten. Die vereinbarten Entwürfe wurden den beiderseitigen Regierungen mitgeteilt. Hiernach steht zu erwarten, daß in nächster Zeit ein bedeutender Schritt zum Ausbau des polnischen Staates erfolgen wird.

Wie die Entente schwindet.

Berlin, 1. Aug. (W.B. Nicht amtlich.) Der Propagandendienst der Entente, der in der krassesten Weise mit Entstellungen, Lügen und groben Fälschungen arbeitet, hat neuerdings in der Schweiz ein raffiniert gefälschtes zweites Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 209 verbreitet und dessen Einführung nach Deutschland versucht. Es muß in der Tat schlecht um die Sache der Entente stehen, wenn sie zu derartigen Mitteln greifen muß.

Die Revolution in Rußland.

Rußlands militärische Lage und Zukunft.

Der Stockholmer „Sozialdemokraten“ hatte bei den ersten Erfolgen der Brussilow-Offensive vorausgesehen, daß sie nur einen Gegenstoß auslösen werde, der für Rußlands Bestand und den Sieg der Revolution verhängnisvoll sein könnte. Nachdem sich diese Annahme erfüllt hat, unterzieht „Sozialdemokraten“ die Kriegslage an der Ostfront erneut einer Überprüfung, in der er u. a. schreibt:

„Die Lage war tragisch kompliziert. Kerenski wollte im Heere die Disziplin wieder aufrichten, alle Sonderfriedensgerichte niederzulegen, die Autorität und das Prestige des neuen Rußland durch die Offensive befestigen, um auf die alliierten Regierungen besser einwirken zu können, daß sie ihre Eroberungsziele aufgaben und Friedensverhandlungen einleiteten. Auch glaubte er nicht — Zoologe und Deutschenfeind der er ist — an die Aufrichtigkeit des deutschen Friedenswillens.“

„Sozialdemokraten“ schildert dann den Anbruch der Bolschewiki gegen die Offensive und seine gewalttätige Unterdrückung und fährt fort: „Kerenski und die Regierung sind ebenso die Arbeiter- und Soldatenräte fähig und verstehen, daß es nur eins gibt, was Rußland eine freie ruhige Entwicklung auf der Grundlage der Revolution sichern könnte und das ist der Friede: ein allgemeiner und ehrenvoller Friede in Uebereinstimmung mit der russischen Formel. Durch die letzte Bewegung in Rußland ist es doch nun wenigstens erreicht worden, daß die Regierung eine bestimmte Geist für die Entente-Konferenzen zur Kriegsziele Revision festgesetzt hat, nämlich den Monat August. Sollte dieser letzte Versuch mißlingen, dann kann Rußland in eine Bolschewiki-Diktatur hineinstürzen, die keinen anderen Ausweg als den Sonderfrieden mit Deutschland haben würde.“ Die gegen die Führer der Bolschewiki gerichtete Anklage, daß sie deutsche Agenten seien, hält „Sozialdemokraten“ nicht für stichhaltig. Eine unparteiische Untersuchung dürfte diese Vorwürfe kaum bekräftigen, wenn sie auch vielleicht für eine Zeit den Einfluß der Bolschewiki schwächen könnten.

Ein englisches Urteil über das russische Heer.

Die „Morning Post“ meldet aus Petersburg: Die Zahl der sich zurückziehenden russischen Truppen beträgt zwei Millionen Mann. Die Deutschen machen die größten Anstrengungen, um die 8. Armee abzufangen, während sie gleichzeitig den Millionen des 11. und 7. Heeres auf den Fersen folgen. Das 8. Heer, das unter General Kornilow so glänzend nach dem Westen durchgedrungen war, ist nun in recht bedenklicher Lage. Nach der Beförderung Kornilows zum Oberbefehlshaber wurde Cherechisow zum Befehlshaber des 8. Heeres ernannt. Es ist noch ein Glück, daß das 8. Heer zum großen Teil aus Reiterei besteht.

Weiter sagt der Korrespondent: Die Aufgabe, die die Russen nun zu lösen haben, ist in der Geschichte ohne Gleichen. Es handelt sich nicht mehr allein um ein militärisches Problem. Diese sich zurückziehenden Millionen sind nicht Soldaten, die in aller Eile flüchten und die später wieder von ihren Offizieren zur Ordnung gebracht werden können. Fünf Monate lang wurde den Soldaten klar gemacht, daß sie freie Bürger eines freien Staates seien, in dem jedermann gleiches Recht habe. Man hat also hier zwei Millionen freie Bürger vor sich, die nach Uniform tragen und nach Hause gehen, während ihnen die Deutschen bis auf einige Meilen Abstand von der russischen Grenze folgen. Im Hauptquartier im Felde wurde ein Kriegsrat abgehalten, an dem die Generale, die jetzt und früher ein Kommando innehatten, wie Brussilow, Alexejew, Kornilow, Kuski und der frühere Kriegsminister Gutschkow gleichzeitig mit Kerenski teilnahmen. Die Bestrebungen Kerenskis, eine neue Regierung zustande zu bringen, sind bis jetzt mißglückt. Die obengedachte nicht starke Schwäche Kerenskis erschöpfte sich bei diesen Versuchen, die freien Bürger wieder zu kämpfenden Soldaten zu machen. Kerenski wird dem Kriegsrat die Aufgabe zu unterbreiten haben, daß selbst am ersten Tage des glücklichen Angriffs Regimente vorhanden waren, deren Offiziere über die Laufgräben stregen und sich losziehen ließen, ohne daß ihnen auch nur ein einziger Mann folgte. Viele Offiziere rissen sich die Epauletten von den Schultern, als sie vorzuzögen, um eine deutsche Angel zu erhalten, und so der Schande zu entgehen, in jenen schrecklichen Tagen Ruße zu sein.

Die Antwort Ribots auf die Anfragen des deutschen Reichskanzlers.

Paris, 1. August. (Agence Havas.) Die Erklärungen, die Ministerpräsident Ribot in der Kammer abgegeben hat, hatten folgenden Wortlaut: Der deutsche Reichskanzler hat sich erlaubt, öffentlich an die französische Regierung die Aufforderung zu richten, zu erklären, ob sie in der geheimen Sitzung am 1. Juli der Kammer nicht von einem geheimen Vertrag Kenntnis gegeben habe, der am Vorabend der russischen Revolution abgeschlossen wurde, und durch den sich der Zar verpflichtete, unsere Ansprüche auf die deutschen Gebiete links vom Rhein zu unterstützen. Die Erklärung des Kanzlers enthält indes große Ungenauigkeiten und wirkliche Lügen bezüglich der Rolle, die er Poincaré zuteilt, daß dieser den Befehl gab, den Vertrag ohne Wissen Briands zu unterzeichnen. Die Kammer wissen (?), wie sich die Ereignisse abspielten. Infolge seiner Unterhaltung mit dem Zaren erbat und erhielt Doumergue von Briand die Ermächtigung, Akt zu nehmen von dem Versprechen des Zaren, unsere Forderung in Bezug auf Elsaß-Lothringen, das uns gewalttätig entzogen worden ist, zu unterstützen und uns freie Hand zu lassen in der Auffindung von Garantien gegen jeden neuen Angriff nicht durch Annexion der linksrheinischen Gebiete von Deutschland, sondern dadurch, daß wir im Notfall aus diesen Gebieten einen selbständigen Staat machen, der uns sowie Belgien gegen Einfälle von der anderen Rheinseite schützen sollte. Wir haben niemals daran gedacht, das zu tun, was Bismarck 1871 tat. (Aus dem einfachen Grund, weil wir den Franzosen nichts geraubt haben, was sie zurücknehmen könnten, sondern weil Bismarck von den Franzosen zurückgenommen hat, was diese unter Ludwig XIV. geraubt hatten!)

Wir haben daher das Recht (!), der Bezeugung des deutschen Kanzlers ein formelles Demenki entgegenzusetzen. Der Kanzler kennt offensichtlich den Text der Briefe, die wir im Februar 1917 mit Petersburg wechselten, und erlaubte sich, deren Sinn zu fälschen, wie es der berühmteste seiner Vorgänger mit der Emser Depesche getan hat. Wir werden an dem Tage, an dem es die russische Regierung für guthalten wird, diese Briefe zu veröffentlichen, feinerlei Einwendung dagegen machen. Andererseits hätte sich der deutsche Kanzler natürlich wohl, etwas von den Erklärungen zu sagen, die ich am 21. März abgegeben habe, und durch die ich im Namen Frankreichs jede Politik der Eroberungen und gewalttätigen Annexionen zurückwies. Der deutsche Kanzler vermag schließlich die Rede, die ich am 22. Mai in der Kammer hielt, und in der ich erklärte, daß wir bereit wären, in eine Unterhandlung mit Rußland über die Kriegsziele einzutreten und daß, wenn das deutsche Volk, dem wir nicht das Recht, zu leben und sich zu entwickeln, beizubringen, begreifen würde, daß wir einen auf die Rechte der Völker begründeten Frieden wollten, der Friedensschluß dadurch für Deutschland erleichtert würde. Er überging mit Rücksicht auf die Tagesordnung, die nach der Genehmigung von 1 bis 5 Juni einstimmig angenommen wurde. Als ich diese Tagesordnung unterstülzte, sagte ich, daß wir nicht eine Politik der Eroberung oder der Unterwerfung verfolgten, das liegt nicht in der französischen Politik, aber das könnte die Politik sein, deren gesamte Ansätze und deren verderblichen Schlag wir auszuhalten hätten. Ja, wir feuerten unter dem Druck dieser Politik 25 Jahre, und die Vergeltung, die wir heute nehmen wollen, ist nicht eine Vergeltung der Unterdrückung, es ist eine Vergeltung, die darin besteht, die Ideen von Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichgewicht, wie Frankreich sie hat, ins Völkergewissen zu setzen.

Wir wollen diese Provinzen wieder nehmen, die niemand aufgehört haben, französisch zu sein. Sie waren es durch ihren Willen, denn sie haben sich Frankreich gegeben. Sie müssen zu Frankreich zurückkommen, weil sie zu ihm gehören, weil sie nicht zu denen gehören, die sie nicht, wie wir es getan haben, durch Uebereidung nahmen, sondern durch Gewalt, durch das harte Recht des Krieges, das wir verschmähen. Wir wollen nicht diese gewalttätigen Annexionen, wir wollen einfach die Zurückerstattung dessen, was uns gehört. Man mag jetzt der Welt zu sagen, daß wir Annexionen wollen. Das ist ein zu plummes Wort. Als daß jemand sich dadurch täuschen ließe, am wenigsten die demokratischen Massen des russischen Volkes, die man vergebens von ihren Verbündeten zu trennen sucht, indem man sie über die wahren Gefühle der französischen Demokratie täuscht. Was will der Kanzler? Er sucht die Schwierigkeiten zu verbergen, die er empfindet, um die Kriegsziele Deutschlands festzusetzen, und die Bedingungen, unter denen er Frieden machen würde. Er sucht besonders die Aufmerksamkeits von der schrecklichen Verantwortung abzuwälzen, die auf dem Gewissen des Deutschen Kaisers und seiner Ratgeber läßt. Am Tage nach der Veröffentlichung der Beschlüsse, die in einer am 5. Juli in Potsdam abgehaltenen Beratung gefaßt worden waren, wo alle Konsequenzen des an Serbien abzusenden des Ultimatum ins Auge gefaßt wurden (!), eines Ultimatum, aus dem der Krieg entstehen mußte, am Tage nach der Veröffentlichung vertritt der Kanzler diese Ablehnung. Es ist eine gewisse Unversöhnlichkeit, wenn man eine derartige Verantwortung hat, Rechenschaft über unsere Absichten zu verlangen. Obgleich wir uns nicht an Deutschland, sondern an alle diejenigen, die als Zeugen oder Mithelfer dieses Kampfes, den wir seit drei Jahren ausfochten, wissen, daß im Grunde der Seele des französischen Volkes seine heftigste Anhänglichkeit an die Sache der Gerechtigkeit, an die Achtung vor dem Völkergewissen, und ich kann es sagen, auf die Gefahr hin, von unseren Feinden nicht verstanden zu werden, an wahre Gerechtigkeit lebt.

Ribot geht um den Kern dessen, was der Reichskanzler sagte, herum wie die Kluge um den heißen Brei. Den mit dem Jansen abgeschlossenen Eroberungsplan konnte er nicht wegzugleichen. Darum handelt es sich aber. Die Antwort Ribots ist wieder nichts als ein vornehmlicher Versuch, den großen Einbruch der Rede des deutschen Reichskanzlers zu verweilen. Das dürfte dem französischen Völkergewissen indessen keine gebräunung sein.

Aus der Partei.

Offensiv. Mit 19 gegen 9 Stimmen hat der sozialdemokratische Verein beschlossen, sich der neu gegründeten „unabhängigen“ Sozialdemokraten anzuschließen, nachdem Wg. Hoff Good in gebührender Weise die sozialdemokratische Partei und deren Führung heruntergerissen hatte. Die 9 Genossen, welche gegen den Antrag stimmten, sind größtenteils alte Anhänger der Partei, die schon unter dem Sozialdemokraten für diese gekämpft hatten. Bei der Mehrheit befanden sich Leute, die man noch nie in einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereines gesehen hat.

Der Beschluß des Offensivvereines kommt nicht unerwartend. Man kann nur diejenige Genossen bedauern, die sich durch Hoff Good zu diesem Schritt verleiten ließen. Daß die Unabhängigen in Offenburg einen irgendwie neuartigen Anhang finden werden, ist ausgeschlossen. Die meisten alten Genossen haben sich, angeleitet durch die einzigen Stützen in Offenburg von der Bewegung seit Jahren zurückgezogen. Wir hoffen, daß sie sich namentlich der Partei wieder zur Verfügung stellen werden.

Fragmentary text from the right edge of the page, including words like 'An', 'Erne', 'der', 'mamm', 'Seit', 'ganze', 'a, die', 'eine S', 'mäch', 'schei d', 'Wege g', 'in erste', 'Zint', 'nierzeh', 'frati', 'einer i', 'Deutsch', 'und die', 'Jest', 'wegs, d', 'Kanzler', 'der G', 'welche', 'nehme i', 'Der', 'gen ge', 'wären', 'zu sein', 'Der', 'wohlfre', 'folgende', 'Krieg', 'zu ver', 'Berke', 'ret, d', 'genieße', 'das Ob', 'Batailla', 'getan h', 'gen Hei', 'gungstr', 'klären', 'sein, als', 'Ausgang', 'auffa', 'sch in p', 'In Br', 'men aus', 'kommen de', 'von Mark', 'nach Bresl', 'kommenball', 'werden nat', 'Krieges ver', 'Auf der', 'Wann he', 'peter Dä', 'der Volks', 'ungsfriede', 'tion der', 'haben a', 'nemliche', 'verfüchen', 'des Volkes', 'Dinge liege', 'verantwort', 'ungsfriede', 'Parlament', 'gleichfalls', 'an', 'schon jeht', 'in', 'naffisch', 'wer', 'Plan ken h', 'in Saach', 'demokrati', 'Der hier', 'mängung', 'wert', 'Schlag beid', 'zu verdr', 'hinter de', 'des deutsc', 'aus Stempel', 'der Friede', 'solle Geleg', 'zum Anst', 'von in die', 'eine Zeitung', 'zu nehmen', 'Gerrichten m', 'Neut Di', 'gehende 25', '3 E', 'tzen reise', 'in E. B.', '(63 S', 'berlebereen', '40', '10 S. 28', 'S. 28', 'stellen, groß', 'an und groß', 'die, großschic

Deutsches Reich.

Mammontsherrschaft in Deutschland.

Aus der Münchener alldeutschen Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“ geben konservativere Blätter einen Artikel wieder, der den Beweis zu führen versucht, das Regime Bethmann-Hollweg habe nichts anderes bedeutet als die politische Herrschaft der Deutschen Bank.

In diesem Artikel, der nun wohl die Runde durch die ganze alldeutsche-konservative Presse machen wird, heißt es u. a., die Deutsche Bank nehme im Erwerbleben Deutschlands eine Stellung ein, „die sich kaum noch von der übermächtigen Stellung eines Morgans unterscheidet“. In seiner ganzen Politik sei Bethmann die Wege gegangen, „die die Interessen der Hochfinanz in erster Linie der deutschen Bank verfolgen“.

Interessant, in der Tat, höchst interessant! Aber kann vierzehn Tage lang es her, daß die ganze alldeutsche-konservative Presse wie aus einem Munde versicherte, die Demokratie und der Parlamentarismus führten zu einer unerbittlichen Herrschaft des Großkapitals, dagegen sei Deutschland durch seine weisen Staatsführungen geschützt und diese Einrichtungen dürfe man darum nicht antasten!

Jetzt erfahren wir, daß die Regierung Bethmann-Hollweg, der doch kein Mehrheitskanzler, sondern ein Kaiserkanzler war, nichts anderes als die verkappte Herrschaft der Hochfinanz, insbesondere der Deutschen Bank gewesen sei, die in Deutschland ungefähr dieselbe Stellung einnehme wie Morgans in den formierten Vereinigten Staaten.

Der Schutz, den die bestehenden weisen Staatseinrichtungen gegen die Herrschaft des Mammons in Deutschland gewähren, scheint demnach doch nicht so unbedingt zuverlässig zu sein, wie es noch vor vierzehn Tagen den Anschein hatte.

Die Politik im Feere.

Der Vertreter des zweiten württembergischen Reichstagsabgeordneten Genosse Wilhelm Keil, richtete folgende Anfrage an den württembergischen Kriegsminister:

„Ist der Herr Staatsminister des Kriegswesens bereit, zu verhindern, daß Offiziere im dienstlichen Verkehr mit ihren Mannschaften politische Führer, die das Vertrauen großer Teile des deutschen Volkes genießen, beschimpfen und verdächtigen, wie das Oberleutnant Meßmer, Kommandeur des Ersatz-Bataillons Reserveinfanterieregiments Nr. 120, des öfters getan hat, indem er in Reden an die Mannschaften diejenige Reichstagsabgeordneten, die sich für einen Verständigungsfrieden und gegen gewaltsame Gebietsveränderungen erklären, beschuldigte, durch englisches Geld bestochen zu sein, als Sündenbock und Verräter bezeichne und beim Ausgangspunkt Sonderabzüge eines Zeitungsartikels verteilte, in dem ähnliche Beschimpfungen enthalten sind?“

Kriegsgewinner.

In Breslau hat sich eine starke Erhöhung der Einnahmen aus den städtischen Steuern ergeben; das Gesamtinkommen der Breslauer Steuerzahler ist um 40 bis 50 Millionen Mark gestiegen. Allein die Zahl der Millionäre hat sich nach Breslauer Blättern, um 160 vermehrt. — Dieser Zusammenballung des Reichtums in relativ wenigen Händen, werden natürlich auch in Breslau eine Menge infolge des Krieges vernichteter Existenzen gegenübersehen.

Baden.

* Ein erwidertes Verhör.

Auf der Wahlrechtskonferenz des 11. badischen Wahlkreises Wausheim-Swehingen erklärte Reichstagsabgeordneter Oskar Sed u. a., daß nach der klaren Scheidung der Volksvertretung in Freund und Gegner des Verständigungsfriedens es erwidert sei, ob sich nicht eine Revision der Taktik des Bürgerfriedens bei Erörterungen zum Reichstag empfehle, um die friedensverweigernde Mehrheit des Parlaments nach Möglichkeit zu verschieben und auch nach außen hin den eigentlichen Willen des Volkes deutlich zum Ausdruck zu bringen. So wie die Dinge liegen, könnte die Sozialdemokratie es kaum mehr verantworten, daß bei solchen Wahlen Gegner des Verständigungsfriedens unter ihrer stillschweigenden Duldung ins Parlament einzögen, lediglich deshalb, weil ihre Vorgänger gleichfalls auf jenem Standpunkt standen. Dieser Fall könnte schon jetzt in Baden im 4. Wahlkreis (Vörsch-Mühlheim) praktiziert werden, wo für den nationalliberalen Abgeordneten Blankenhorn eine Nachwahl stattgefunden habe, ebenso in Saarbrücken, wo Wasseremann 1912 mit sozialdemokratischer Hilfe gegen das Zentrum gewählt wurde.

Der hier gemachte Vorschlag ist in der Tat sehr der Erwägung wert. Die Art und Weise, wie die Gegner der vom Reichstag beschlossenen Friedensresolution diese auszulegen und zu verdrehen versuchten, vor allem aber die Behauptung, daß hinter der Mehrheit des Reichstags nicht die Mehrheit des deutschen Volkes stehe, zwingen förmlich dazu, die Probe aufs Exempel zu machen. Wir sind überzeugt, daß die Gegner der Friedensresolution sehr kleinlaut würden, wenn dem Volke Gelegenheit gegeben wäre, seine Meinung offen und klar zum Ausdruck zu bringen. Der Bürgerfriede ist ohnehin schon in die Brüche gegangen. Man braucht ja nur irgend eine Forderung der Gegner der Friedensresolution in die Hand zu nehmen, um sich davon zu überzeugen, wie wenig diese Herrschaften nach dem Bürgerfrieden fragen.

Neues vom Tage.

Ein Hauptlokal der Berliner Lebenswelt geschlossen.

Wegen schwerwiegender Verstöße gegen die Verordnungen zur Sicherung unserer Ernährung hat das Kriegsernährungsamt den Hoflieferanten S. Fuchs, Inhaber des allberühmten, von den besten Kreisen besuchten Weinrestaurants Rudolf Dreßel, Berlin, Unter den Linden 50, und seine Frau B. Fuchs aus dem Handel ausgeschlossen, insbesondere ihnen die Abgabe von Speisen und Getränken in Gastwirtschaften untersagt. Verbunden wurde damit die sofortige zwangsweise Schließung des Lokals.

Die vom Kriegsernährungsamt angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß die Eheleute Fuchs wohllos und ohne jede Rücksicht auf den Preis rationierte Lebensmittel in erheblicher Menge im Schleichhandel aufkauft und unter Umgehung der Verbrauchs- und Verteilungsbeschränkungen an bevorzugte Gäste abgegeben haben. Als Lieferant für solche strafbare Fleischerkäufe wurden u. a. der Schlächtermeister Hermann Steindeder in Groß-Apenburg ermittelt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die bis jetzt festgestellten Verstöße nur einen geringen Teil der tatsächlich verübten Zuwiderhandlungen darstellen, so daß in Wirklichkeit die von den Behörden erlassenen Vorschriften im Dresselischen Betrieb in größtmöglicher Weise umgangen wurden. Die Fuchseschen Eheleute werden sich deswegen vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 2. August.

Die Absicht der Regierung, für die diesjährige Kartoffelernte das Bezugshinverfahren, d. h. den unmittelbaren Bezug des Verbrauchers beim Erzeuger mittels eines vom Kommunalverband angelegten Bezugshinverfahrens, wird vielfach stark bekämpft. Die Gründe, welche die Regierung bestimmen, von der Einführung des Bezugshinverfahrens für das Wirtschaftsjahr 1917/18 abzusehen, stützen sich nach einer gestrigen halbamtlichen Aussprache der „Karlsh. Btg.“ auf die Erörterungen, welche mit diesem Verfahren bei der Versorgung mit Kartoffeln im Jahre 1916 gemacht wurden. Die Verwirklichung, nicht genügend Kartoffeln oder nicht genügende Sorten zu erhalten, hat im Vorjahr dazu geführt, daß die Landwirte zumeist unter Ankauf eines höheren Preises als des Höchstpreises geradezu gezwungen wurden, Kartoffeln unmittelbar an die Verbraucher abzugeben. Auch kam es vor, daß die Bezugshinverf. auf 25 ha-
 Mengen ausgestellt und mißbräuchlicherweise wiederholt benutzt wurden. Durch diese Umstände wurde der Auskauf durch die öffentlichen Auffäufer, welche nur den Höchstpreis bezahlen durften, aufs Schwerste beeinträchtigt, so daß es diesen nicht nur nicht gelang, die für die Winterverorgung nötige Menge aufzubringen, sondern daß sogar die Deckung des laufenden Bedarfs ins Stocken geriet. Wenn auch die diesjährige Ernte höhere Erträge wie die vorjährige erhoffen läßt und der Erzeugerpreis ein höherer sein wird, so kann doch die Regierung die Verantwortung für eine wiederholte Gefährdung der Kartoffelverorgung, also der Grundlage der Volksernährung, nicht übernehmen. Die Winterbed. welcher der unmittelbare Bezug bei Erzeugern gelingen würde, muß zugunsten der Mehrheit, bei welcher dies nicht der Fall ist, auf ihre Bevorzugung in der Verorgung verzichtet werden.

Dem wird entgegengehalten, daß die Bevölkerung durch die gemachten Erfahrungen nicht das Vertrauen zu den verantwortlichen Stellen habe, daß ihr die ganze Verorgung auf dem Wege gelingen würde. Man glaubt, daß durch die Verwicklung und Einlagerung im Großen viele Kartoffeln zugrundegehen bzw. erfrieren und daß bei einem durch mangelhafte Transporte auftretenden Wagenmangel die Verorgung notleiden würde. Dann läge die Bevölkerung ohne Kartoffeln da. Ferner wird auf Württemberg verwiesen, welches, nachdem es die Bezugshinverf. im Vorjahre aufgegeben hatte, sie auf die gemachten Erfahrungen hin in dem Jahr wieder aufnahm. Die Mißbräuche im letzten Jahre können daher, daß die Scheine ohne die geringe Menge Kontro-Kle ausgegeben wurden und man könne aus diesem Grunde das Verlangen der Einrichtung nicht verantwortlich für die tief eingreifende Maßnahme der Regierung machen.

Man sieht also, daß sowohl die Regierung als auch die Befürworter des Bezugshinverfahrens gewichtige Gründe für sich haben. Tatsache ist, die Kartoffelverorgung hat im letzten Jahre verjagt und da kann man die schroffe Haltung der Regierung wohl begreifen. Denn sie hat die Verantwortung. Sie hat sie aber auch, wenn die Verorgung in diesem Jahre wiederum verjagt. Es kann schon sein, daß bei einer scharfen Kontrolle der ausgestellten Bezugshinverf. und bei strenger Bestrafung für Preisübertretungen die Verorgung im nächsten Jahre vermehrt werden. Die Bevölkerung ist es einmal gewohnt, sich den Winterbedarf selbst einzulagern. Die Regierung möge daher nochmals überlegen, ob die strenge Kontrolle der Bezugshinverf. und Preise nicht vielleicht doch der Verantwortung für das unsichere Mägnis, die gesamte Verorgung zu zentralisieren, vorzuziehen wäre.

* Die Winterobstpreise.

Nach den neuesten Bestimmungen der Reichsstelle für Gemüse und Obst dürfen die Erzeuger vom 1. November ab 10 Prozent, vom 16. Dezember ab 15 Prozent, vom 16. Januar ab 25 Prozent, vom 1. März ab 35 Prozent und vom 1. April ab 50 Prozent auf die festgesetzten Höchstpreise aufschlagen. Die Folge wird sein, daß im Herbst kermelreife haltbare Tafelobst auf den Markt kommt. Denn jeder Erzeuger wird die Preiskonjunktur nach Möglichkeit ausnützen und dabei wohl auch manche Obstsorten zurückhalten, deren Haltbarkeit nicht zweifelsfrei feststeht. Auf der anderen Seite wird die obstverarbeitende Industrie das Wirtschaftssubjekt reiflos aufkaufen.

Den großen Verbrauchermassen bleibt also angeichts dieser „großzügigen“ Preispolitik nur die Geduld, zwischen zu dürfen, wie im Spätwinter für sie unerschwinglich teures Obst in den Geschäftsauslagen steht. Es scheint fast, als ob die Reichsstelle von langer Hand einen Erfolg für das Obstspektakelstück des vorigen Winters vorbereitet habe.

* Die neuen Brotpreise.

Infolge der Erhöhung der Getreidepreise und der Druckprämien ist auch mit einer Erhöhung der Brotpreise zu rechnen. Von verschiedenen Seiten ist schon mitgeteilt worden, daß die Erhöhung erheblich sein wird. Nach einer Berechnung von sachkundiger Seite, die in einer Leipziger Tageszeitung wiedergegeben wird, muß mit einer Erhöhung von 3 bis 4 Pfennig für das Pfund Brot gerechnet werden. Das würde eine Verteuerung des Bierpfundbrotes um 12 bis 16 Pfennig bedeuten.

Diese Preisenerhöhung des wichtigsten Lebensmittels wird um so empfindlicher gespürt werden, weil auch eine Preisenerhöhung für Kartoffeln sicher ist. Zwar werden wir das Fleisch etwas billiger haben, aber dieser Vorteil bedeutet wenig gegen die Verteuerung von Brot und Kartoffeln. Dazu kommen dann fast unerschwingliche Kohlenpreise für den Winter, ebenso höhere Gaspreise und Holzpreise, dann noch höhere Obstpreise, wie wir sie jetzt schon haben, höhere Butterpreise und wie es mit der Milch wird, weiß man nicht, denn es wird im Stillen häßlich an dem jetzigen ebenfalls schon übermäßig hohen Preis meckergelacht. Mit einem Wort: Es kann recht werden!

Arbeiter-Jugend. Heute abend Zusammenkunft im Lokal „Cambrinus-Halle“.

* Keine Beschlagnahme des Gemüses im Haushalt! Das Kriegsernährungsamt teilt mit: Einige Berliner Blätter bringen eine Nachricht, maßgebende Kreise trügen sich mit dem Gedanken, eine Beschlagnahme sämtlichen Gemüses, das in diesem Jahre in den Haushaltungen eingemacht worden ist, vorzunehmen. Das Kriegsernährungsamt sieht dieser Veröffentlichung fern. Wenn auch verschiedentlich Anregungen nach dieser Richtung hin im Interesse einer gleichmäßigen Verorgung gemacht sind, so wird doch eine derartige Maßnahme, die ebenso unzumutbar wäre, wie sie erbitternd wirken könnte, nicht angeordnet werden. Gemüsesoll nicht den übertriebenen Samtlern von Gemüse für den Winterbedarf das Wort geredet sein. Es ist kein Zweifel, daß ein Grund für die schlechte Beschickung des Marktes die allzu rasche Einblendung besonders vieler wohlhabender Haushalte durch direkten Verkehr mit dem Erzeuger bilde. Wenn das Einmachen in vernünftigen Grenzen bleibt, wird niemand dagegen etwas einzuwenden haben. Zu wünschen ist nur, daß mit dem Einmachen getwarlet wird, bis die Kartoffelverorgung wieder normal geworden ist, denn dann wird der Gemüsemarkt von selbst eine Entlastung erfahren.

* Ferienreise in die Schweiz. In den nächsten Tagen reisen von hier 200 Säuglinder in die Schweiz zur Erholung während einiger Wochen der Ferien.

Heinfrüchtige Weinbergschnecke 15 s E.-P. (22 s V.-P.), Edel-
 pflanzliche ab 1. August 40 s E.-P. (55 s V.-P.), Aprikosen 40 s
 E.-P. (55 s V.-P.), Frühbirnen bis 1. September 1917: groß-
 früchtige 35 s E.-P. (44 s V.-P.), kleinfrüchtige 25 s E.-P.
 (31 s V.-P.), Kallabitt bis 1. September 1917: Apfel und Birnen
 in den Zentner 6 M. E.-P. (10 M. V.-P.). In den Städten mit
 über 20 000 Einwohnern können die Verbraucherpreise für einige
 Sorten vom Kommunalverband erhöht werden.

Jetzt, nachdem die Beerenreife nahezu vorbei ist, werden die
 Preise etwas herabgesetzt. Soll das Volk damit noch geizt werden?
 oc. Heidelberg, 2. August. Im Amtsbezirk Heidelberg ist in
 diesem Jahre eine ausgezeichnete Spätkoblernte zu
 erwarten. Die Bäume hängen so voll, daß sie unter der Last der
 Früchte zusammenzubrechen drohen. Das Gr. Bezirksamt hat
 daher angeordnet, daß sofort in allen Gemeinden mit dem Stützen
 der Bäume begonnen wird, und daß die zurückgestellten Leute in
 den Betrieben, in denen es an den nötigen Arbeitskräften fehlt,
 auszuheilen müssen.

4 Durlach, 2. August. Aus Konstantinopel kommt die Nach-
 richt, daß dort im deutschen Krankenhaus am 25. Juli Baurat
 Julius Gräbner, einer der hervorragendsten Architekten auf
 dem Gebiete des Kirchenbaues, gestorben ist. Baurat Gräbner
 war 1858 in Durlach geboren und hatte in Karlsruhe seine Aus-
 bildung erhalten. Fast drei Jahrzehnte wirkte er dann in Dres-
 den, wo er wertvolle Bauten kirchlicher und weltlicher Kunst ge-
 schaffen hat.

5 Donaueschingen, 2. August. Der Kommunalverband ist
 einer Demütigung auf die Spur gekommen, welche ein Kur-
 gast verhindern wollte. Die Waren, 7 Pfund Zitronat und Oran-
 geat, 20 Pakete Stärke, 20 Packen sterilisierte Milch, ein Eimer
 Marmelade und ein Eimer Salzheringe, wurde beschlagnahmt.
 Das Bürgermeistertum warnt die Geschäftleute ausdrücklich,
 solche Handlung zu unterlassen. Am würt. Bahnhof Aalenhof
 wurde ein nach Donaueschingen bestimmter Wagen mit Züchten-
 rinde angehalten. Als man die Kundenbüchel auseinander legte,
 entdeckte man 60 Zentner Käse und ungefähr 50 Pfund Kauch-
 fleisch.

6. Hornberg, 2. August. Mit aller Strenge will das hiesige
 Bürgermeistertum gegen die hamitenden Kurpässe, Gasthofbesitzer
 und Pensioninhaber vorgehen. Das Bürgermeistertum macht
 darauf aufmerksam, daß es diejenigen Betriebe, welche durch
 Dampfmaschinen etwas besonderes bieten wollen, unnach-
 sichtlich sperren wird.

7. Konstanz, 1. August. (W.R. Nicht amtlich.) Gestern vor-
 mittag um 1/10 Uhr traf wieder ein schweizerischer Sanitätszug
 mit 154 deutschen schwerverwundeten Soldaten, darunter 8 Offi-
 zieren, aus Frankreich hier ein. In dem Zug, der wieder von
 Oberst Böhm geführt wurde, befanden sich auch 26 Internierte
 aus der Schweiz, darunter 7 Offiziere. Am Bahnhof hatten sich
 zur Begrüßung eingefunden die Generale v. Wolff und v. Lieben-
 stein. Der Landeskommissar Geh. Rat Strauß, Geh. Regierungsrat
 Dr. Weiger und andere. In der Umarmungshalle des roten
 Kreuzes wurden die Angekommenen von General v. Wolff in
 einer herzlichen Begrüßungsansprache, die mit einem dreifachen
 Hurra auf den Kaiser schloß, bewillkommen. Geh. Rat Strauß
 überreichte die Willkommengröße des badischen Großherzogspaares.
 General v. Liebenstein verlas Begrüßungsgramme der Kai-
 serin, der Königin von Bayern und Württemberg, der Großherzöge
 von Oldenburg und Hessen und brachte ein Hoch auf die deutschen
 Bundesfürsten aus.

8. Griesheim b. Waldshut, 1. August. Landsturmann Grie-
 ser aus Stellen wollte beim Baden im Rheine einen Freund
 retten. Dabei hat er infolge eines Herzschlages den Tod gefun-
 den. Die Leiche ist noch nicht gelandet. — In Herdern erkrankt
 beim Baden Landsturmann Gerhard Schilling.

Mengen vom Tage.

Ein erwidertes Verhör.

Auf der Wahlrechtskonferenz des 11. badischen Wahlkreises Wausheim-Swehingen erklärte Reichstagsabgeordneter Oskar Sed u. a., daß nach der klaren Scheidung der Volksvertretung in Freund und Gegner des Verständigungsfriedens es erwidert sei, ob sich nicht eine Revision der Taktik des Bürgerfriedens bei Erörterungen zum Reichstag empfehle, um die friedensverweigernde Mehrheit des Parlaments nach Möglichkeit zu verschieben und auch nach außen hin den eigentlichen Willen des Volkes deutlich zum Ausdruck zu bringen. So wie die Dinge liegen, könnte die Sozialdemokratie es kaum mehr verantworten, daß bei solchen Wahlen Gegner des Verständigungsfriedens unter ihrer stillschweigenden Duldung ins Parlament einzögen, lediglich deshalb, weil ihre Vorgänger gleichfalls auf jenem Standpunkt standen. Dieser Fall könnte schon jetzt in Baden im 4. Wahlkreis (Vörsch-Mühlheim) praktiziert werden, wo für den nationalliberalen Abgeordneten Blankenhorn eine Nachwahl stattgefunden habe, ebenso in Saarbrücken, wo Wasseremann 1912 mit sozialdemokratischer Hilfe gegen das Zentrum gewählt wurde.

Der hier gemachte Vorschlag ist in der Tat sehr der Erwägung wert. Die Art und Weise, wie die Gegner der vom Reichstag beschlossenen Friedensresolution diese auszulegen und zu verdrehen versuchten, vor allem aber die Behauptung, daß hinter der Mehrheit des Reichstags nicht die Mehrheit des deutschen Volkes stehe, zwingen förmlich dazu, die Probe aufs Exempel zu machen. Wir sind überzeugt, daß die Gegner der Friedensresolution sehr kleinlaut würden, wenn dem Volke Gelegenheit gegeben wäre, seine Meinung offen und klar zum Ausdruck zu bringen. Der Bürgerfriede ist ohnehin schon in die Brüche gegangen. Man braucht ja nur irgend eine Forderung der Gegner der Friedensresolution in die Hand zu nehmen, um sich davon zu überzeugen, wie wenig diese Herrschaften nach dem Bürgerfrieden fragen.

Neues vom Tage.

Ein Hauptlokal der Berliner Lebenswelt geschlossen.

Wegen schwerwiegender Verstöße gegen die Verordnungen zur Sicherung unserer Ernährung hat das Kriegsernährungsamt den Hoflieferanten S. Fuchs, Inhaber des allberühmten, von den besten Kreisen besuchten Weinrestaurants Rudolf Dreßel, Berlin, Unter den Linden 50, und seine Frau B. Fuchs aus dem Handel ausgeschlossen, insbesondere ihnen die Abgabe von Speisen und Getränken in Gastwirtschaften untersagt. Verbunden wurde damit die sofortige zwangsweise Schließung des Lokals.

Die vom Kriegsernährungsamt angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß die Eheleute Fuchs wohllos und ohne jede Rücksicht auf den Preis rationierte Lebensmittel in erheblicher Menge im Schleichhandel aufkauft und unter Umgehung der Verbrauchs- und Verteilungsbeschränkungen an bevorzugte Gäste abgegeben haben. Als Lieferant für solche strafbare Fleischerkäufe wurden u. a. der Schlächtermeister Hermann Steindeder in Groß-Apenburg ermittelt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die bis jetzt festgestellten Verstöße nur einen geringen Teil der tatsächlich verübten Zuwiderhandlungen darstellen, so daß in Wirklichkeit die von den Behörden erlassenen Vorschriften im Dresselischen Betrieb in größtmöglicher Weise umgangen wurden. Die Fuchseschen Eheleute werden sich deswegen vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 2. August.

Die Absicht der Regierung, für die diesjährige Kartoffelernte das Bezugshinverfahren, d. h. den unmittelbaren Bezug des Verbrauchers beim Erzeuger mittels eines vom Kommunalverband angelegten Bezugshinverfahrens, wird vielfach stark bekämpft. Die Gründe, welche die Regierung bestimmen, von der Einführung des Bezugshinverfahrens für das Wirtschaftsjahr 1917/18 abzusehen, stützen sich nach einer gestrigen halbamtlichen Aussprache der „Karlsh. Btg.“ auf die Erörterungen, welche mit diesem Verfahren bei der Versorgung mit Kartoffeln im Jahre 1916 gemacht wurden. Die Verwirklichung, nicht genügend Kartoffeln oder nicht genügende Sorten zu erhalten, hat im Vorjahr dazu geführt, daß die Landwirte zumeist unter Ankauf eines höheren Preises als des Höchstpreises geradezu gezwungen wurden, Kartoffeln unmittelbar an die Verbraucher abzugeben. Auch kam es vor, daß die Bezugshinverf. auf 25 ha-
 Mengen ausgestellt und mißbräuchlicherweise wiederholt benutzt wurden. Durch diese Umstände wurde der Auskauf durch die öffentlichen Auffäufer, welche nur den Höchstpreis bezahlen durften, aufs Schwerste beeinträchtigt, so daß es diesen nicht nur nicht gelang, die für die Winterverorgung nötige Menge aufzubringen, sondern daß sogar die Deckung des laufenden Bedarfs ins Stocken geriet. Wenn auch die diesjährige Ernte höhere Erträge wie die vorjährige erhoffen läßt und der Erzeugerpreis ein höherer sein wird, so kann doch die Regierung die Verantwortung für eine wiederholte Gefährdung der Kartoffelverorgung, also der Grundlage der Volksernährung, nicht übernehmen. Die Winterbed. welcher der unmittelbare Bezug bei Erzeugern gelingen würde, muß zugunsten der Mehrheit, bei welcher dies nicht der Fall ist, auf ihre Bevorzugung in der Verorgung verzichtet werden.

Dem wird entgegengehalten, daß die Bevölkerung durch die gemachten Erfahrungen nicht das Vertrauen zu den verantwortlichen Stellen habe, daß ihr die ganze Verorgung auf dem Wege gelingen würde. Man glaubt, daß durch die Verwicklung und Einlagerung im Großen viele Kartoffeln zugrundegehen bzw. erfrieren und daß bei einem durch mangelhafte Transporte auftretenden Wagenmangel die Verorgung notleiden würde. Dann läge die Bevölkerung ohne Kartoffeln da. Ferner wird auf Württemberg verwiesen, welches, nachdem es die Bezugshinverf. im Vorjahre aufgegeben hatte, sie auf die gemachten Erfahrungen hin in dem Jahr wieder aufnahm. Die Mißbräuche im letzten Jahre können daher, daß die Scheine ohne die geringe Menge Kontro-Kle ausgegeben wurden und man könne aus diesem Grunde das Verlangen der Einrichtung nicht verantwortlich für die tief eingreifende Maßnahme der Regierung machen.

Man sieht also, daß sowohl die Regierung als auch die Befürworter des Bezugshinverfahrens gewichtige Gründe für sich haben. Tatsache ist, die Kartoffelverorgung hat im letzten Jahre verjagt und da kann man die schroffe Haltung der Regierung wohl begreifen. Denn sie hat die Verantwortung. Sie hat sie aber auch, wenn die Verorgung in diesem Jahre wiederum verjagt. Es kann schon sein, daß bei einer scharfen Kontrolle der ausgestellten Bezugshinverf. und bei strenger Bestrafung für Preisübertretungen die Verorgung im nächsten Jahre vermehrt werden. Die Bevölkerung ist es einmal gewohnt, sich den Winterbedarf selbst einzulagern. Die Regierung möge daher nochmals überlegen, ob die strenge Kontrolle der Bezugshinverf. und Preise nicht vielleicht doch der Verantwortung für das unsichere Mägnis, die gesamte Verorgung zu zentralisieren, vorzuziehen wäre.

Gezellenzert in der Lutherstraße. Auf das heute, dem Tage der Abkündigung von 1914, stattfindende stimmungsvolle...

Galerie Moss. Von 1. August bis 1. September Kollektivausstellungen der Professoren B. Konz, H. v. Volkmann, Fr. Hess...

Die Kopfbedeckung der Schaffnerinnen und Wagenführerinnen der Straßenbahn.

Man schreibt uns: Es war sicher ein Menschenfreund, der gestern im „Volkstreu“ anregte, daß man dem weiblichen Fahrpersonal gestatten sollte, die Mützen während der heißen...

Auch die Behandlung, die denselben manchmal zuteil wird, kann alles andere nur nicht schön genannt werden.

Wenige Tage haben eine wahre Freude daran, die weiblichen Angehörigen und auch die männlichen vor dem...

Letzte Nachrichten.

Weitere 24000 Tonnen versenkt.

W.B. Berlin, 2. August. (Antlich.) Neue U-Boots-erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz. 24000 MT. Unter den versenkten Schiffen befinden sich die englischen...

Schließung Berliner Restaurants.

W.B. Berlin, 2. Aug. Wie die Morgenblätter melden, sind 5 Betriebe der Kaffee- und Sotel-Betriebsgesellschaft, das...

die Weingroßhandlung Viktoria und die Richard-Diele, wegen grober Verstöße gegen die Vorschriften zur Sicherung...

Kerenski fordert die Entwaffnung der Zivilbevölkerung.

W.B. Berlin, 2. Aug. Aus Petersburg wird gemeldet, so wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Haag mitgeteilt, Kerenski...

Die Enttäuschung in Paris.

W.B. Berlin, 2. Aug. Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Um die Enttäuschung, die Paris nach den hochge-

Lord Grey schwer erkrankt.

W.B. Berlin, 2. Aug. Wie die Morgenblätter melden, ist Londoner Zeitungen zufolge der frühere englische Minister...

Amerikas Kriegsgewinn.

W.B. Berlin, 2. Aug. Der Ueberseehandel der Vereinigten Staaten hat, dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge, im...

Briefkasten der Redaktion.

Landsturmmanu A. K. im Osten. Gedicht nicht druckfähig. Das andere wird befragt.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Letzte Post: Wilhelm Koll; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die...

Vereinsanzeiger.

Gründungs- (Sozialdem. Verein.) Am Samstag, 4. August, findet im Lokal („Lilien“) Mitgliederversammlung statt. Tages-

Haupt- u. Residenzstadt Karlsruhe Höchst- u. Richtpreise.

In der Zeit vom 2. Aug. bis einschließlich 5. Aug. sind auf den Märkten und in den Verkaufsgeschäften...

Gemüse:

Table listing vegetable prices: Blumenkohl, Kohlrabi, Weißkohl, etc. with prices per unit.

Pilze:

Table listing mushroom prices: Pfifferlinge, Steinpilze.

Obst:

Table listing fruit prices: Zwetschen, Blaumen, Pfirsiche, etc. with prices per unit.

Karlsruhe, den 1. August 1917.

Die Verkäufer auf den Märkten der Stadt sind verpflichtet, an allen Marktwaren die Preise in deutlich sichtbarer Weise...

Das Zurückhalten angeblich verkaufter Ware ist verboten. Jede Ware, die auf dem Wochenmarkt...

Preisprüfungsstelle für Marktwaren.

Frühkartoffel-Versorgung.

Sämtliche bei uns eingehenden Frühkartoffeln werden sofort den unten verzeichneten Lebensmittelgeschäften zur Abgabe...

75 Verkaufsstellen

haben Kartoffeln an jedermann gegen Kartoffelmarken abzugeben:

- List of 75 shops: Emil Bucherer, Wadhornstraße 31, Maria Meranbergr. 35, etc.

Karlsruhe, den 1. August 1917.

Städt. Kartoffelamt, Kaiserallee 11.

Städtisches Vierordtbad. Gründlicher Schwimm-Unterricht

wird erteilt an Erwachsene und Kinder beiderlei Geschlechts. Preis für Erwachsene 10 Mark.

Auskunftei Bürgel. 300 Geschäftsstellen. Garantierte Mark 200 000.

Städt. Konzerthaus. Donnerstag, 2. August, 8 Uhr: „Wiener Blut“.

Mähmaschine. Wer eine solche, beste Qualität (neu), bei monatlicher günstiger Zahlung...

„Ein Walzertraum“. Freitag, 3. August, 8 Uhr.

Druckfaden fertigt an. S. Nachmann. Durlach, Pfingststraße 28.

Gesucht. Arbeiterinnen. werden fortwährend angenommen in der Lumpen-Sortieranstalt.

Schneider. auf Militärarbeit zum sofortigen Eintritt gesucht.

Städt. Arbeitsamt. Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe. Zähringerstr. 100.

Kaufe alte Gebisse sowie Platin und auch zerbrochene alte Brennstifte.

Nebenerwerb. Erwerb Postkartenverkauf. 100 Stck. von Mk. 1.50 an.

Ständesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Cheausgabete. Julius Schäffinger.

Ständesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. hier, mit Elise Sauter von Nischen.

Ständesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. hier, mit Elise Sauter von Nischen.

Ständesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. hier, mit Elise Sauter von Nischen.